
Björn Engholm

Sozialdemokratie und Gewerkschaften - ein neuer Frühling für ein altes Paar

Björn Engholm, geb. 1939 in Lübeck, Lehre als Schriftsetzer, Zweiter Bildungsweg, Studium der Politikwissenschaft, war von 1977 bis 1981 Parlamentarischer Staatssekretär und von 1981 bis 1982 Bundesminister für Bildung und Wissenschaft. 1983 wurde er zum Vorsitzenden der SPD-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag gewählt, 1988 zum Ministerpräsidenten von Schleswig-Holstein. Im Mai soll er Bundesvorsitzender seiner Partei werden.

Wenn Gewerkschafter und Sozialdemokraten in historischen Rückblicken auf ihre über hundert Jahre alte Geschichte das Verhältnis ihrer beiden Organisationen Revue passieren lassen, mischt sich nicht selten berechtigter Stolz über die gemeinsam in der Vergangenheit erkämpften Erfolge mit verständlichen Klagen über Entfremdungstendenzen in der Gegenwart.

Es hat beide Organisationen groß und durchsetzungsfähig gemacht, daß Sozialdemokraten auch Gewerkschafter und Gewerkschafter auch Sozialde-

mokraten waren. Dies ergab sich nahezu zwangsläufig. Die frühindustrielle Ausbeutung in der Arbeit sowie die Entrechtung und Unterdrückung in der vordemokratischen Gesellschaft verlangten einfach, den Weg der Befreiung des arbeitenden Menschen aus den Zwängen ökonomischer und politischer Macht gemeinsam zu suchen.

Es ist bekannt, daß der Emanzipationskampf von Gewerkschaften und Sozialdemokratie, das Engagement für die besseren Zeiten nicht geradlinig von Erfolg zu Erfolg geführt hat. Beide hatten es stets mit Kontrahenten zu tun, für die die Zeiten eigentlich schon immer gut waren. Teilhabeansprüche der Arbeitnehmerschaft, mit Vehemenz vorgetragen von Gewerkschaften und Sozialdemokratie, galten als unverschämte Anmaßung, die mit gesellschaftlicher Mißachtung, persönlicher Diskriminierung und Verfolgung oder auch mit gewaltsamer Unterdrückung und physischer Vernichtung in Zuchthäusern und Konzentrationslagern beantwortet wurden. Daß aus diesem „dunklen Vergangenen“ trotzdem eine Zukunft hervorleuchtete, die heute unsere Gegenwart ist, verdanken Gewerkschaften und Sozialdemokratie weniger der Einsichtsfähigkeit ihrer Gegner denn der Durchsetzungskraft ihrer vielen Millionen Mitglieder.

Veränderte Sozialisationsmuster

Heute ist es nicht mehr der sogenannte stumme Zwang des Milieus, der aus Sozialdemokraten Gewerkschafter und aus Gewerkschaftern zugleich Sozialdemokraten macht. Im Bemühen, das Erreichte zu sichern und stetig zu verbessern, verbindet die Menschen in beiden Organisationen mehr die befruchtende kritische Solidarität als das gemeinsame Mitgliedsbuch. Solche Bindung ist schon für sich ein kostbares Gut. Mit zusätzlichem Stolz erfüllt es mich, daß zwar nicht mehr alle, aber doch viele tausend Gewerkschafter sich in den Reihen der SPD selbst engagieren oder zumindest mit monatlichen Beiträgen und Wahlunterstützung die SPD stärken. Sorgen bereitet mir, wenn solche Bindungen nicht fester und intensiver werden, sondern im weiteren Generationswechsel sich sogar zu lockern drohen. Dabei wirkt offenbar eine andere Art „Zwang des Milieus“.

Begann für die meisten Menschen eines Geburtsjahrgangs noch bis weit in die sechziger Jahre hinein das Berufsleben mit der Berufsausbildung im Alter von vierzehn oder fünfzehn Jahren, haben nicht zuletzt die Erfolge sozialdemokratischer Bildungspolitik dazu geführt, daß immer mehr junge Menschen - länger und besser ausgebildet — oft erst zum Ende ihres dritten Lebensjahrzehnts mit der Arbeitswelt und den Gewerkschaften in Berührung kommen. Die politische Sozialisaton eilt heute der gewerkschaftlichen voraus und verläuft nicht mehr parallel. Bevor junge Menschen als Gewerkschaftsmitglieder Mitstreiter für eine menschliche Arbeitswelt werden können, sind die aktivsten unter ihnen vielleicht schon Mitglieder bei den Jungsozialisten geworden oder engagieren sich im SPD-Ortsverein, sofern ihnen überhaupt die Mitarbeit in einer Partei noch sinnvoll erscheint.

Das Interesse an herkömmlicher Parteiarbeit ist allgemein gesunken. Obwohl die SPD glücklicherweise lange nicht so alt ist, wie sie von den Karikaturisten immer noch gezeichnet wird, und obwohl die Unionsparteien merkwürdigerweise immer noch nicht als so altväterlich gelten, wie sich ihre Repräsentanten geben, hat die Anziehungskraft der beiden großen Volksparteien für politisch interessierte Jugendliche nachgelassen. Ich habe auch Verständnis dafür, daß junge Menschen konkrete Aktionen bei Greenpeace inzwischen für spannender halten als nervende Diskussionen mit ihren Lehrern in der Partei der Grünen. Mindestens jeder Teilnehmer an evangelischen oder katholischen Kirchentagen weiß aber, daß junge Menschen nicht schon deshalb unpolitisch geworden sind, weil sich die Älteren über ihr mangelndes Interesse an der Parteiarbeit wundern. Es kommt darin eher ein generelles Unbehagen an Mitarbeit in festgefühten Arbeits- und Organisationsstrukturen zum Ausdruck, das auch den Gewerkschaften mehr und mehr zu schaffen macht.

Entwicklung neuer Politikformen

Mit großem Interesse habe ich deshalb verfolgt, wie zum Beispiel die IG Metall mit dieser Herausforderung für politische und gewerkschaftliche Organisationsarbeit umgeht. Der nach außen bekundete Wille zur Öffnung für gesellschaftliche Probleme und ihre Verknüpfung mit der Arbeitswelt, ausgedrückt etwa in den Zukunftsforen der IG Metall des Jahres 1988, aber auch die von mehreren anderen Gewerkschaften verfolgte Strategie, Mitgliedern oder Noch-nicht-Mitgliedern ein fallbezogenes und zeitlich begrenztes Mitmachen zu ermöglichen, verstehe ich als Chance für eine Vitalisierung auch der SPD-Arbeit. Gewerkschaften erfahren es als Stärkung ihrer Durchsetzungsfähigkeit, daß das Engagement ihrer Mitglieder in der Kommunalpolitik, in Kirchengemeinden, in Bürgerinitiativen oder Selbsthilfeprojekten genauso ein Bestandteil gewerkschaftlicher Arbeit zur Verbesserung von Arbeits- und Lebensverhältnissen ist wie das unverzichtbare Engagement ihrer haupt- und ehrenamtlichen Funktionäre in der Betriebs- und Tarifpolitik. SPD-Mitglieder wiederum, die sich zusätzlich fallweise und zeitlich begrenzt - zum Beispiel verstärkt während einer Tarifauseinandersetzung - in herkömmliche gewerkschaftliche Arbeitszusammenhänge einbringen, werden erfahren, daß auf diese Weise vieles konkret zu verwirklichen ist, was ohne ihre tätige Mithilfe lediglich Parteitagebeschlüsse bleiben müßte. Ich denke dabei an den Kampf gegen Arbeitslosigkeit, an die Zugewinne an Freizeit durch Arbeitszeitverkürzung und natürlich - in einer größeren Perspektive - an die vor uns stehende Aufgabe, den ökologischen Umbau der Industriegesellschaft zu organisieren. Ohne die vielen tausend Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die dabei ihre Kenntnisse und gewerkschaftlichen Erfahrungen einbringen, wird es in dieser Hinsicht keine Fortschritte geben. Auch bei der Entwicklung umweltverträglicher Verkehrskonzepte sowie bei der Umstellung von Rüstungsproduktion auf nützlichere Güter kann die sozialdemokratische Politik von schon vorliegenden gewerkschaftlichen Problemlösungen lernen.

Eine Partei, die nur Fragen stellt und Fragen aufgreift, wird auf Dauer nicht ernst genommen. Sie muß zeigen, daß sie Probleme auch anfaßt und lösen kann. Dies scheint mir in gemeinsamen Lernprozessen am besten möglich.

Ohne das Know-how der Gewerkschaftsmitglieder und ohne die tarifpolitischen Gestaltungsmöglichkeiten der Gewerkschaften kann ich mir nicht vorstellen, wie die soziale Spaltung zwischen den alten und neuen Bundesländern zu überbrücken sein sollte. Es war schon vermessen, daß Bundeskanzler Kohl den Umbau der zentralen Verwaltungswirtschaften der Ex-DDR im Alleingang mit den Verkaufsbemühungen der Treuhand durchsetzen wollte. Geradezu töricht war es, den unmittelbaren Problemzugang der Gewerkschaften nicht schon von Anfang an zu nutzen und ihre betriebliche und tarifpolitische Gestaltungskompetenz zu ignorieren.

Ob es also um den Ausbau des Sozialstaats in den alten wie in den neuen Bundesländern geht, um die Gleichstellung von Frau und Mann in Arbeitswelt und Gesellschaft, um die Vermeidung ökologischer und sozialer Risiken bei der Techniknutzung oder um Wirtschaftsdemokratie, eine politische Partei gewinnt Durchsetzungskraft, wenn sie ihre herkömmlichen Strukturen für die Menschen öffnet, die mit ihren besonderen Zugängen zu den Problemen der Arbeitswelt daran mitwirken können, daß Parteiprogrammatik zur politischen Praxis wird.

Sicherlich sind die Selbstverständigungsprozesse der SPD-Mitglieder in den Arbeitsstrukturen der Ortsvereine und Arbeitsgemeinschaften nötig und wichtig. Ich empfehle meiner Partei jedoch mehr Verständnis dafür aufzubringen, daß nicht alle SPD-Mitglieder, die sich haupt- und ehrenamtlich zum Beispiel in ihrer Gewerkschaft engagieren, auch noch die Ortsvereinsarbeit tragen helfen. Auch wenn eine Betriebsratsvorsitzende oder ein Chemiker in einem betrieblichen Umweltschutzbereich nur noch bedingt Zeit aufbringen kann, um sich einen Vortrag im Ortsverein anzuhören, leisten sie nicht minder sozialdemokratische Basisarbeit, die die gleiche Anerkennung und Förderung verdient, die wir auch unseren politischen Mandatsträgern entgegenbringen. Die Vertretungskompetenz der SPD in politischen Anliegen steigt, wenn - stärker als dies bislang üblich war - die unterschiedlichsten Arbeitsebenen vor Ort in Beziehung treten und sich vernetzen. Der SPD-Ortsverein als Drehscheibe für die politische Kultur im alltäglichen Leben und beispielsweise die lokalen Gewerkschaftsbüros als weitere Impulsgeber für Bürgerengagement, das muß nicht Utopie bleiben. Für alle Beteiligten, für alle Mitmacher ergeben sich neue Voraussetzungen zur gegenseitigen Unterstützung und „Synergieeffekte“.

Die SPD kann gewinnen, indem sie den gewerkschaftlichen Aktivbürgern Mitwirkungschancen eröffnet, auch wenn sie sich noch nicht auf den Pfaden der Partei-Ochsentour bewährt haben. Nur wenn wir es schaffen, auf diese Weise für Menschen interessant zu werden, die in den Gewerkschaften, aber auch in den Kirchen, in internationalen Institutionen, in den freien Berufen, in

modernen Unternehmen oder in der Wissenschaft arbeiten, wenn es uns gelingt, solche Menschen /um Mitarbeiter anzuregen, dann können wir zu einer durchsetzungsfähigen politischen Kraft werden, der man auch wieder zutraut, Regierungsverantwortung zu tragen.

Wir dürfen uns nicht darauf zurückwerfen lassen, nur die Partei von Kommunal-, Landes- oder Bundespolitikern zu sein. Die Zukunft der SPD liegt in ihrer Funktion als Gemeinschaft engagierter Frauen und Männer, die auf unterschiedlichen Ebenen miteinander an der stetigen Verbesserung unseres Gemeinwesens arbeiten. Der Weg zur Regierungsmehrheit führt nicht nur über die Vertrauensarbeit in den Parlamenten und die Nutzung der uns vom Wähler eingeräumten Mitgestaltungschancen, sondern ebenso auch über das Vertrauenskapital, das sich Sozialdemokraten durch aktive Mitarbeit in den Gewerkschaften erwerben. Linke Volkspartei zu sein, heißt deshalb immer noch, sich auch als Partei der Arbeit bewähren zu können, selbst wenn sich sozialdemokratische Vertretungskompetenz darin nicht erschöpft.

Eigenständigkeit und Kooperation

Natürlich sollen in der SPD auch Frauen und Männer mit Verantwortung in Unternehmen, aus Wissenschaft und Kunst, Handwerk und Mittelstand zu Wort kommen. Dem besseren Argument ist nicht nur im gesellschaftlichen Diskurs, sondern auch in der SPD Zustimmung sicher. Über den Kurs der SPD kann nicht eine einmal getroffene ideologische Fixierung Auskunft geben, sondern entscheidend ist die jeweils problemangemessene Situationsanalyse und die darauf beruhende einsichtige Verknüpfung von tagespolitischem Handeln und zukunftsgestaltendem Wollen. Sozialdemokraten, und ich denke, da können auch die meisten Gewerkschafter zustimmen, geht es darum, Freiheitsräume zu erweitern, weil es ohne Freiheit keine Entfaltung, keine Würde geben kann. Das schließt ein, daß in unserer außenpolitischen Orientierung die Verwirklichung der Menschenrechte einen noch höheren Stellenwert erhält, während es innenpolitisch darauf ankommt, entsprechend der wachsenden Verantwortung jedes einzelnen mehr Bürgerbeteiligung, mehr Mitbestimmung und mehr Mitbesitz zu organisieren. Es geht darum, Gerechtigkeit durchzusetzen, weil es weder im nationalen noch im internationalen Maßstab strahlende Gewinner und entmutigte Verlierer geben darf, die sich ausgeschlossen und vergessen vorkommen, denen es gar am Nötigsten fehlt. Es geht darum, Solidarität zu stärken, weil es nur mit gemeinschaftlichen Anstrengungen gelingen wird, die großen Gegenwarts- und Zukunftsaufgaben zu lösen und insbesondere der unerhörten ökologischen Gefährdung unseres Planeten zu begegnen. Diese anspruchsvollen Aufgaben stellen sich uns vor dem Hintergrund der immer noch bestehenden inneren Teilung unseres Landes. Deshalb müssen so schnell wie irgend möglich die elementaren Grundbedürfnisse wie Arbeit, Wohnen, soziale Sicherheit und angemessener Lebensstandard auch für die Menschen in Ostdeutschland erkämpft und gesichert werden. Ich bin froh, daß dabei die Gewerkschaften an unserer Seite stehen.

Es ist ein unverzichtbarer Aktivposten für die sozialdemokratische Arbeit, daß wir mit den vielen Frauen und Männern, die in und mit der Gewerkschaft für eine bessere Zukunft streiten, größere Gemeinsamkeiten haben als mit jenen, die „Zukunft“ sagen, aber nur an die Zukunft ihrer Kapitalrenditen denken. Nicht nur in Gewerkschaftspublikationen, sondern auch in einer von der vatikanischen Glaubenskongregation veröffentlichten Schrift heißt es: „Die Arbeit ist der Schlüssel zur ganzen Sozialfrage. Gerechte Arbeitsverhältnisse fördern die ganzheitliche Entwicklung der menschlichen Person. Die Arbeit hat Vorrang vor dem Kapital. Die Unternehmer müssen vor allem das Gemeinwohl im Auge haben.“ Wenn es um den Vorrang der lebendigen Arbeit vor dem toten Kapital geht, werden Sozialdemokraten mindestens so päpstlich wie der Papst sein. Was konkret das Gemeinwohl ist, wird immer wieder herausgearbeitet werden müssen. Auch hier geht es der SPD nicht anders als den Gewerkschaften, die auch für jede Betriebsvereinbarung und für jeden Tarifvertrag den Kompromiß mit der anderen Seite suchen müssen. Um Kompromisse mit einem möglichst großen gemeinsamen Nenner schließen zu können, bedarf es nicht nur der von Wählermehrheiten legitimierten parlamentarischen Gestaltungsmacht, sondern auch einer von unseren Mitgliedern und Mitstreitern begründeten Mobilisierungskraft und Kampagnefähigkeit der Partei. Einerseits Gestaltungsmacht durch Vertrauen der Wählerinnen und Wähler zu gewinnen, andererseits unsere Gestaltungskraft durch das Engagement der Bürgerinnen und Bürger - darunter möglichst vieler alter und neuer Mitglieder meiner Partei - zu stärken, dies reizt mich am Amt des Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei.

Genauso, wie die Erinnerung an die gemeinsame Wegstrecke von Gewerkschaften und Sozialdemokratie die prinzipielle Eintracht höher bewertet als die gelegentliche Zwietracht, genauso legt die Orientierung an einer gemeinsamen Zukunft nahe, Gemeinsamkeiten zu suchen und zu pflegen, statt sich durch tagespolitische Differenzen daran hindern zu lassen. In meinem Verständnis von Kooperation von SPD und Gewerkschaften wird die SPD weder zur Gewerkschaftspartei noch werden die Gewerkschaften zu einer Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokratie. Daß beide Extreme sich in den Zerrbildern finden, die über Gewerkschaften und SPD verbreitet sind, mag für ideologische Eintrübungen der Wahrnehmungsfähigkeit unserer politischen Gegner sprechen, es entspricht aber keineswegs den mir bekannten Wunschbildern für die zukünftige Arbeit von Gewerkschaften und SPD. In meinem Wunschbild bleiben sich Sozialdemokratie und Gewerkschaftsbewegung freundschaftlich im Ringen um politische Demokratie in allen Lebensbereichen, um sinnvolle Arbeit, soziale Gerechtigkeit und um Frieden mit der Natur und im Zusammenleben der Völker verbunden.